

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit  
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf  
Lambsdorff, Till Mansmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/9226 –**

### **Weltweit mehr Wald für den Klimaschutz**

#### **A. Problem**

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, durch die im Einzelnen genannten Maßnahmen weltweit die Waldflächen für den Klimaschutz aufzuforsten.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/9226 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

**Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit**

**Sylvia Kotting-Uhl**  
Vorsitzende

**Dr. Anja Weisgerber**  
Berichterstatterin

**Klaus Mindrup**  
Berichterstatter

**Karsten Hilse**  
Berichterstatter

**Dr. Lukas Köhler**  
Berichterstatter

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Lisa Badum**  
Berichterstatterin

## **Bericht der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Klaus Mindrup, Karsten Hilse, Dr. Lukas Köhler, Ralph Lenkert und Lisa Badum**

### **I. Überweisung**

Der Antrag auf **Drucksache 19/9226** wurde in der 95. Sitzung des Deutschen Bundestages am 11. April 2019 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll,

- binnen eines Jahres ein nach Regionen und Staaten unterteiltes Konzept für Aufforstungen vorzulegen,
- mit der FAO ein weltweites Register der Waldbilanzdynamik zur Steuerung der Aufforstungsprogramme zu erstellen,
- eine internationale Strategie zur organischen CO<sub>2</sub>-Speicherung zu entwerfen,
- Regionen und Staaten zu ermitteln, die für eine großflächige Aufforstung in Betracht kommen,
- einen Großteil des Waldportfolios des BMZ in multilaterale Programme der organischen CO<sub>2</sub>-Speicherung zu investieren,
- Pionier-Organisationen und Leuchtturmprojekte zur großflächigen Anlage von Wäldern finanziell zu unterstützen,
- den Kenntnis- und Technologietransfer zwischen Deutschland und Entwicklungsländern hinsichtlich des dauerhaften Entzugs von CO<sub>2</sub> bei der Verbrennung von Biomasse und dessen Speicherung zu entwickeln,
- Aufforstungen und Technologien zur Bindung und dauerhaften Speicherung von Treibhausgasen in Programme der ländlichen Entwicklung einzubauen,
- bei der regelmäßigen Überprüfung und Weiterentwicklung der NDC der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass die Nutzung von Marktmechanismen nach Artikel 6 des Pariser Abkommens möglich wird sowie
- negative Waldbilanzen von Partnerländern der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr zu tolerieren und die Maßnahmen zur Verbesserung der Waldbilanz zum Kriterium für eine Zusammenarbeit in den Bereichen Naturschutz und Biodiversität zu machen.

### **III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 36. Sitzung am 26. Juni 2019 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/9226 abzulehnen.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 19/9226 in seiner 45. Sitzung am 26. Juni 2019 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass viele Entscheidungen zum Klimaschutz und zur weltweiten Entwicklung des Klimas in den Entwicklungs- und Schwellenländern fallen würden. Es sei zwingend notwendig, die weitere Vernichtung der Wälder, die Kohlenstoffsinken seien, vehement zu verhindern. Auch entstünden bei der Waldvernichtung bzw. bei Wald- und Landschaftsbränden CO<sub>2</sub>-Emissionen und trügen zurzeit mit ca. 20 Prozent zu den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen bei. Durch die in diesen Ländern stattfindende Waldvernichtung seien Tropenländer wie Brasilien und Indonesien große CO<sub>2</sub>-Emittenten. Für die Jahre 2010 bis 2030 werde ein weiterer Verlust von 170 Millionen Hektar Wald befürchtet. Dem müsse international entschieden entgegengetreten werden. Auch sei es erforderlich, Wald wiederherzustellen und dadurch CO<sub>2</sub> zu binden. In diesem Bereich gebe es ein Potenzial von etwa 300 Millionen Hektar restaurierbarem Wald. Dazu gehöre auch, die Wälder in den Ländern der Entwicklungszusammenarbeit ökonomisch konkurrenzfähig zu Alternativen wie Viehzucht oder auch Agro-Plantagen zu machen, damit der Wald dort existieren bzw. sich wieder ausbreiten könne. Schließlich betont die Fraktion, dass negative Waldbilanzen von Partnerländern aus der Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr toleriert werden dürften. Die Waldbilanz müsse zu einem Kriterium werden und letztlich zu einem Ausschluss für die wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit im Bereich Naturschutz und Biodiversität führen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** wies darauf hin, dass laut IPCC ca. 11 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen auf den Verlust der Wälder zurückzuführen seien. Die Bedeutung der Wälder spiegle sich deshalb auch aktuell schon in der Klimafinanzierung der Bundesregierung wider. So stelle das BMZ 2 Milliarden Euro für 200 Waldinitiativen in mehr als 30 Ländern und Regionen, wie dem Amazonasbecken, dem Kongobecken und in Indonesien, bereit. Die aktuellen Projekte umfassten den Aufbau, den Schutz, aber auch die nachhaltige Nutzung und den Erhalt der Wälder, mit denen die Speicherung von CO<sub>2</sub> möglich sei und damit dem Klimawandel entgegengewirkt werden könne. Daher sei ein weiteres Engagement der Staatengemeinschaft, auch in finanzieller Hinsicht, notwendig. Über die im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen und eine weitere Aufstockung der finanziellen Mittel müsse vor diesem Hintergrund debattiert werden. Zum jetzigen Zeitpunkt könne dem Antrag allerdings nicht zugestimmt werden.

Die **Fraktion der AfD** betonte, dass sie sich ebenfalls für den Schutz der Wälder in Deutschland und auch weltweit einsetze. Die Begründung des Antrags könne hingegen nicht mitgetragen werden. So werde allein in Deutschland ein Vielfaches der Fläche, die konventionelle Kraftwerke und der Tagebau verbrauchten, für Windindustrieregionen in Anspruch genommen und dafür würden Tausende Hektar Wald gerodet. In den Entwicklungsländern werde das Holz für Einrichtungen wie Kochen und Heizen verbraucht, da diese Länder unter anderem von Deutschland genötigt würden, auf den Bau von Kohlekraftwerken zu verzichten und ihnen damit der Zugang zu günstigem und sicherem Strom verwehrt werde. Dies werde aber in der Agenda 2030 gefordert, sodass die Umsetzung dieser Forderung durch deutsche Politik verhindert werde.

Die **Fraktion der SPD** wies den Vortrag der Fraktion der AfD als falsch zurück und führte aus, dass es in sich entwickelnden Ländern viele Projekte gebe, um die Abholzung zu verhindern. Dabei würden beispielsweise auch von deutschen Genossenschaften Solarprojekte oder Biogasanlagen unterstützt, um vor Ort Wärme und Strom erzeugen zu können. Der Antrag der Fraktion der FDP werde grundsätzlich begrüßt, werfe aber für die eigene Glaubwürdigkeit auch die Frage nach dem Umgang mit den eigenen Wäldern auf. Für einen wirksamen Klimaschutz sei der Erhalt der Urwälder und der naturnahen Wälder in Deutschland erforderlich. In Deutschland gebe es nur noch eine geringe Fläche von 35 000 Hektar an Naturwaldreservaten. Daher sei eine Debatte wünschenswert, wie Naturwaldzellen ausgebaut werden könnten. Auf Landesebene habe man die FDP bei der Ausweisung von Nationalparks oder von Totholzgebieten nicht als fortschrittlich wahrgenommen. Ebenso stelle sich die Frage, wie in Wirtschaftswäldern die Artenvielfalt gesteigert werden könne. Dabei sei zu betonen, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien und Windkraft dieser nachhaltigen Entwicklung in Wirtschaftsförstern nicht widerspreche und sogar mit Maßnahmen des naturnahen Waldumbaus gekoppelt werden könne.

Die **Fraktion DIE LINKE** vertrat die Ansicht, dass viele der im Antrag erhobenen Forderungen richtig seien. Allerdings könne die ebenso im Antrag enthaltene CCS-Technik nicht unterstützt werden. Die Technologie sei unausgereift und laufe letztendlich ins Leere. Auch fänden die bereits verworfenen und von der Fraktion DIE LINKE von Anfang an kritisierten CDM-Projekte, bei denen es bereits in der Vergangenheit zu sehr vielen Betrugstatbeständen gekommen sei, wieder Erwähnung. Wegen der beiden genannten Aspekte müsse der Antrag abgelehnt werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass der Wald für den Klimaschutz notwendig sei. Der Antrag berücksichtige hingegen den Erhalt der eigenen Wälder als CO<sub>2</sub>-Senken nicht ausreichend. In Deutschland

gebe es fast keinerlei Urwälder bzw. Naturwälder. Solange diese verbliebenen Wälder nicht geschützt würden, sei es nicht glaubwürdig, andere Länder wie beispielsweise Brasilien über den Waldschutz zu belehren. Für Deutschland sei es erforderlich, eine bessere Waldbewirtschaftung einzuführen und beispielsweise die Verwendung von Pestiziden oder den Kahlschlag in Wäldern zu beenden. Im internationalen Bereich müsse der jetzige Kreislauf der Ernährung und des Handels unterbunden werden. Die angedachte Kompensationsleistung für eine Aufforstung werde nicht erfolgreich sein, wenn an anderer Stelle der Wald für die unter anderem nach Deutschland exportierten Futtermittel für den Fleischkonsum abgeholzt werde. Es sei notwendig, die Gesamtzusammenhänge zu berücksichtigen. Auch sei es möglich, in Handelsverträge wie beispielsweise dem aktuell auf EU-Ebene verhandelten Mercosur-Abkommen den Schutz des Regenwaldes mit aufzunehmen.

Der Abgeordnete **Marco Bülow (fraktionslos)** begrüßte den Antrag, der nach seiner Ansicht eine Reihe von guten Wegen und guten Grundlagen enthalte und auch ein klares Bekenntnis zum Klimaschutz aufzeige. In der Vergangenheit habe die Fraktion der FDP ein stärkeres Engagement Deutschlands im weltweiten Klimaschutz vereinzelt noch nicht mitgetragen. Er betonte, dass zum Schutz des Waldes auch die Artenvielfalt gehöre. In diesem Zusammenhang sei die Aufforstung zwar eine wichtige Maßnahme, doch sei zuvor bei der Abholzung oftmals bereits ein großer Schaden bei der Artenvielfalt entstanden. Unumkehrbare Schäden könnten auch in anderen Bereichen entstehen. In Indonesien beispielsweise gebe es im Wald einen Torfboden. Finde eine Rodung statt, entweiche das im Boden enthaltene Methan in die Luft. Den Themen CCS und CDM stehe er kritisch gegenüber und schließe sich der Argumentation der Fraktion DIE LINKE. an. Abschließend merkte er an, dass der Antrag das Ziel enthalte, die Erderwärmung auf 2 Grad Celsius zu begrenzen. Jede Erwärmung um 0,1 Grad habe erhebliche negative Auswirkungen auf das Klima. Er appellierte an die FDP-Fraktion und die Koalitionsfraktionen, das Ziel zu verfolgen, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und das Engagement beim Klimaschutz insgesamt zu verstärken.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/9226 abzulehnen.

Berlin, den 26. Juni 2019

**Dr. Anja Weisgerber**  
Berichterstatterin

**Klaus Mindrup**  
Berichterstatter

**Karsten Hilse**  
Berichterstatter

**Dr. Lukas Köhler**  
Berichterstatter

**Ralph Lenkert**  
Berichterstatter

**Lisa Badum**  
Berichterstatterin





